

# Abendblätter

Absetzung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang

Dresden, Montag, den 3. August 1925

Nummer 94

## Roll- und Steuerraub mit Polizeigewalt!

### Genossen Höllein und Jadašč gewaltfam auf 20 Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen Weitere Beschneidung der Redezeit — Die SPD-Fraktion gespalten

Nachdem der Reichstag am Sonnabend mittig die Beratung des Reichsbewertungsgesetzes zu Ende geführt hatte, wurde in die Beratung des nächsten Steuergesetzes, der sogenannten Verkehrssteuer eingetreten. Unter diesem Namen versteht sich die Besteuerung der meisten Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung. Es fällt dabei auf die Zucker-, Salz- und insbesondere die Umsatzsteuer.

Vor der Präsident — es präsidiert der deutschnationalen Vizepräsident Gräf (Thüringen) — die Beratungen eröffnete, berichtete er aus der heute morgen vor Eröffnung der Sitzung stattgefundenen Kellertentatschung. Das Resultat dieser Beratungen war eine erneute harte Einschränkung der Redezeit bei allen weiteren Steuergeheimnissen. Gräf erklärte, daß darüber im Kellertentat keine Einmütigkeit erzielt werden konnte, weil die Vertreter der Kommunistischen Partei erklärt hatten, daß sie dagegen Widerspruch erheben müßten. Diese Mitteilung in bezug auf die Kommunisten ist von Anfang bis Ende erfolgt, denn die Kommunisten wurden vom Statistenden der Sitzung überhaupt nicht rechtzeitig benachrichtigt. Und dann teilte Gräf mit, was der Kumpfstellenrat — mit Zustimmung der Sozialdemokraten — beschlossen hat: die allgemeine Aussprache zur Verkehrssteuer dreiviertel Stunde statt bisher eine Stunde; für die §§ 1—3 15 Minuten, statt bisher eine halbe Stunde. Hierbei handelt es sich um die schlimmste Klassensteuer, die Umsatzsteuer. Die kommunistische Fraktion antwortete darauf mit schärfstem Widerspruch. Die Sozialdemokraten verhielten sich still. Die Rechte rief:

Seid froh, daß ihr überhaupt noch was sagen dürft!

Und so berichtet Gräf über eine ganze Reihe weiterer harter Einschränkungen der Redezeit. Auf die scharfen Proteste der Kommunisten antwortete die Rechte: das ist noch viel zu viel. Unter allgemeiner Unruhe beendet Gräf seine Mitteilungen.

#### Genosse Höllein

Immer nunmehr zu diesem neuen Versuch, die kommunistische Opposition mundtot zu machen. Er stellt zuerst fest, daß die Kommunisten an der Kellertentatschung überhaupt nicht teilgenommen haben. Aus dem Zentrum kommen darauf freche provokatorische Zwischenrufe. Genosse Höllein wendet Abg. Jehrenbach, der sich dabei besonders hervorzuheben und fährt dann fort: Ich stelle hier fest, daß das Reichsfinanzministerium mit den verschiedensten Parteien Beratungen abgehalten hat und daß als Resultat allen Beratungen außer den Kommunisten eine genaue Aufstellung über die weitere Einschränkung der Redezeit zugegangen ist. (Lauteste Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten.)

Die Regierung hat die Kommunisten von dieser Information ausgeschlossen. (Rufe rechts: Bravo und sehr richtig!) Das kennzeichnet die Absichten der Regierung und ihrer Parteien. Die Pläne, die die Regierung und die Parteien der Steuerräuber haben, werden noch durch die überbordende Einladung zur Sitzung des Kellertentates gekennzeichnet. Während den Mitgliedern des Kellertentates aus den anderen Parteien diese Einladung heute früh durch Rohrpost zugeht, das sozialdemokratische Mitglied erhielt sie, als er noch im Bett lag, wurde sie den kommunistischen Abgeordneten Stöcker und Ruth Fischer nicht zugestellt. Diese Abgeordneten fanden die Einladung auf ihrem Garderobenständer heute früh, als die Sitzung des Kellertentates jedoch längst vorüber war. Wir stellen also fest, daß erstens hinter dem Rücken der Kommunisten gehandelt wurde, und zweitens, daß man absichtlich die Kommunisten zur Sitzung des Kellertentates nicht eingeladen hat. Wenn man auf die Anwesenheit der Kommunisten im Kellertentat Wert gelegt hätte (laute Rufe rechts: Nein!), dann hätte man die Einladung dazu ihren Mitgliedern ebenfalls in die Wohnung schicken können. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß man bestimmte Absicht hatte, die Kommunisten bei der Mitberatung über die Redezeit auszuschließen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ich stelle weiter fest, daß man für drei Steuern — es handelt sich um die Kapitalverkehrssteuer, die Grundsteuer und die Wechselsteuer — die Redezeit auf 15 Minuten verkürzt hat. (Stürmische Bravorufe rechts — erregte Rufe der Kommunisten gegen die Steuergeizhalsen.)

Die bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, daß hierüber möglichst wenig geredet wird, sie wollen, daß diese Steuerpraktiken vor der breiten Öffentlichkeit möglichst geheim bleiben, damit sie die Massen desto besser über den Fiskus härteren können. Diese Kapitel behandeln die Fragen der Buchprüfung, der Kapital- und Steuerflucht, der Offenlegung der Steuerlisten und der Bestrafung der

Steuerhinterziehung. Nun frage ich Sie (nach rechts) vor aller Öffentlichkeit: Ist es möglich, diese vier Probleme in 15 Minuten zu erörtern? (Erneute freche, höhnische Zurufe rechts, besonders aus der Deutschen Volkspartei, der Partei der Stinnes und Konsorten.) Die Beschränkung der Redezeit seitens der Regierungsparteien gerade bei diesen Kapiteln beweist das schlechte Gewissen dieser Parteien vor der Öffentlichkeit, beweist, daß sie den Steuerbeitrag und seine Ausbeutung und Belämpfung unter allen Umständen unterbinden wollen. (Neuer Unterbrechungsversuch des Vizepräsidenten Gräf.)

Wir erwarten, daß die Beschlüsse dahin korrigiert werden, daß beim jezt zur Beratung stehenden Gesetz den Kommunisten zu den Artikeln 1—3 25 Minuten und für die Artikel 4—6 ebenfalls 25 Minuten zugestimmt werden.

Weiter fordern wir, daß über die anderen Gesetze — Bier- und Tabaksteuer, Verbrauchssteuer, Finanzausgleich usw. — noch einmal im Beisein der Kommunisten im Kellertentat neue Beratungen getroffen werden.

Es war begreifbar, daß kein Sozialdemokrat zu diesen nur allzu berechtigten Forderungen der Kommunisten sprach. Sie bestätigten damit nur, daß sie in der Sitzung des Kellertentates den Plänen der Steuerräuber zugestimmt haben. Zu welcher Schamlosigkeit sich einige Abgeordnete der SPD. ausschlangen, mit welcher Selbstverleumdung sie die Steuerabläufe der Parteien der Großgrundbesitzer und Großindustriellen mit unterstützen, das zeigte die dann folgende Abstimmung über die beiden vom Genossen Höllein gestellten Anträge.

#### SPD-Hilfe für die Steuerräuber.

Als nämlich Gräf über die kommunistischen Anträge, die Genosse Höllein gestellt hatte, abstimmen ließ, erhoben sich mit den Regierungsparteien und den Demokraten die Sozialdemokraten

Hermann Müller, Hilferding, Hoch und Adolf Braun

und stimmten mit gegen die Verlängerung der Redezeit. Dies Verhalten dieser vier Sozialdemokraten führte zu einer ungeheuren Erregung der kommunistischen Abgeordneten, die sich mit diesen Hausnechten der Steuerdrüber scharf auseinandersetzten. Aber nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch unter den Sozialdemokraten war große Erregung entstanden. In großer Wut redeten mehrere auf diese vier Verräther ein. Als die Gegenabstimmung vorgenommen wurde, stimmten demonstrativ circa 30 Sozialdemokraten für die kommunistischen Anträge, u. a. Jabel, Rod, Ripinski, Fleischer, Karßen, Strickopf, Seger, Schmidt-Köpenick, Dikmann, Worm, Angues, während Toni Sender, Rosenfeld, Saube, Rahmt und ca. 20 andere vor der Abstimmung den Saal verließen.

Und nun lechte ein, was nach den wiederholten Forderungen der Reichspresse vorauszuheben war: der deutschnationalen Vizepräsident ging erneut gegen die Kommunisten mit dem ganz bewußten Ziel, möglichst viele aus dem Sitzungssaal herauszuwerfen, vor. Er benutzte die scharfen Auseinandersetzungen der kommunistischen Abgeordneten mit den sozialdemokratischen Helfershelfern der Rechte dazu,

ohne jeden wirklichen Anlaß den Genossen Jadašč aus dem Saal zu verweisen.

Dieser Liebesdienst Gräfs für die Müller, Hilferding, Hoch und Braun rief den schärfsten Protest der Kommunisten hervor. Ebenfalls wandte sich der größte Teil der Sozialdemokraten gegen diese Praktiken. Die Rechte aber jubelte. Gräf schloß darauf kurzerhand die Sitzung.

Genosse Jadašč blieb natürlich im Saal, denn er hatte auch nicht den geringsten Anlaß gegeben, der seinen Ausschluß rechtfertigt. Ganz offensichtlich trat bei den Maßnahmen des deutschnationalen Gräf hervor, daß die Rechte neben der Verkürzung der Redezeit durch Ausschüsse von Kommunisten sich die Annahme und Durchprüfung ihrer Zoll- und Steuerpläne erleichtern will.

Als Gräf die Sitzung nach einer halben Stunde wieder eröffnet und feststellte, daß Genosse Jadašč sich weigert, seinen Provokationsbefehlen Folge zu leisten, schloß er ihn für 8 Sitzungen aus. (Demonstrative Pfuirufe bei den Kommunisten.) Da Genosse Jadašč dabei, verlängert Gräf den Ausschluß auf 20 Sitzungstage. Auch diese Mitteilung wird mit starkem Beifall auf der Rechten und starkem Protest der Kommunisten aufgenommen. Die Kommunisten rufen zur Rechten: „Holt doch die Schupo, halt den Deutnant mit 10 Mann!“ Und Gräf erklärt sofort, daß das ja eigentlich der ganze Grund seiner Provokation ist. Er erklärt, daß er, da Genosse Jadašč den Saal nicht ver-

läßt, nunmehr zu Gewaltmitteln greifen müsse. Als die Kommunisten dieses entsprechend kennzeichnen, schließt Gräf kurzerhand, ohne irgend einen ersichtlichen Grund, den Genossen Höllein für diese Sitzung aus.

Der starke Beifall, der daraufhin sofort auf der Rechten einsetzte, bewies nur, um was es diesen Herren geht. Genosse Höllein, der sich in den letzten Monaten ausschließlich mit den Steuergeheimnissen in den Ausschüssen befaßt hat und der den Steuerkampf der kommunistischen Fraktion im Reichstag organisierte, sollte bestraft werden. Gerade Höllein, der gegen die Herrschaften von rechts und vom Zentrum immer am schärfsten auftrat, ihnen ihre arbeiterfreundliche Klasse vom Gesicht riß und die Steuerräuber der Klassen nachwies, sollte verschwinden. Er soll bei den weiteren Steuer- und bei den Zolldebatten ausgeschaltet werden. Da Genosse Höllein natürlich im Saal blieb, schloß Gräf erneut die Sitzung.

Nach dreiviertel Stunden eröffnet Gräf erneut die Sitzung und wird von den Kommunisten mit Pful-Rufen und dem Ruf: „Denket!“ empfangen. Er war nur zu dem Zweck gekommen, auch den Genossen Höllein für 20 Sitzungen auszuschließen, denn alle Rufe des Genossen Stöcker zur Geschäftsordnung überhörte er geflissentlich.

Er schloß den Genossen Höllein für 8 Sitzungen aus und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen.

Genosse Höllein antwortet: „Nein, Sie Herrschol! Volkstücken Sie Ihre Herrscherarbeit bis zu Ende!“ Die Erregung unserer Genossen hat sich während dieser Herrscherarbeit ungeheuer gesteigert. Die Sozialdemokraten haben bedrückt da. Kurzerhand schließt Gräf Genossen Höllein dann für 20 Sitzungen aus, und das unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Gräf befißt dann die Stin, zu erklären, auch die Pressevertreter sollten die Tribüne räumen. Ebenfalls bittet er die Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Dem letzten die Rechte und das Zentrum folge, sowie auch der Teil Sozialdemokraten, die wie Müller-Franken, Hilferding, Reichscheid, Herz und Konsorten die Bourgeoisie in jeder Beziehung unterstützen und sich nach einer Koalition mit den Deutschnationalen sehnen.

Dann erscheinen die Kriminalbeamten, Insgesamt 10 Mann und 4 Schupoleute in Uniform.

Von mehreren Sozialdemokraten wird unter Hinweis auf die Beamten gerufen: „Diese Kinder sind doch keine Kriminalbeamten, das sind vielleicht Spigeln, aber keine Volkstücken!“ In der Tat waren es junge Leute von 15—25 Jahren, die Herr Greiginski geschickt hatte, um die Kommunisten herauszuwerfen zu lassen. Unsere Genossen hatten die Genossen Jadašč und Höllein umringt.

Die Genossen Jadašč und Höllein forderten, daß sich die Beamten legitimieren, was nach einigen Sitzungen geschah. Auf die ausdrückliche Frage, ob sie den Auftrag haben, nötigenfalls mit Gewalt vorzugehen, bejahten sie das. Darauf rufen die Genossen: „Wir wollen die Gewalt, aber nicht den Steuerhinterzügen da drüben! Die arbeitenden Massen werden jenen dort drüben schon die Antwort geben.“ Die Genossen Jadašč und Höllein verlassen darauf den Saal, gefolgt von den Beamten und unseren Genossen. Die übrigen Genossen bringen Hochrufe auf die Ausgeschlossenen aus und singen dann gemeinsam stehend die erste Strophe der Internationale. Während des Gesanges erheben sich eine ganze Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter von ihren Plätzen.

Dann wird in die Beratung des Verkehrssteuergesetzes eingetreten, wozu als erster Redner der Sozialdemokrat Herz sprach.

### Die Regierung schloß die Steuerhinterzieher Beratung der Umsatzsteuer.

Am Nachmittag der Sonnabenditzung, nach dem Ausschluß der Genossen Höllein und Jadašč, wurde die Verkehrssteuerberatung vorgenommen.

Herz (SPD.) befaßte sich mit der Steuerabgabe der Pfandbesitzer, forderte Offenlegung der Steuerlisten, Veröffentlichung der Namen derjenigen, die bei der Buchprüfung der Betrügerei überführt seien usw.

Ihm antwortete der Vertreter der Reichsfinanzministeriums Staatssekretär Popitz: Es wird kein Mittel angewandt werden, um die gefahrten Einnahmen zu heben.

Die Regierung weigert sich, die Namen der Steuerhinterzieher zu nennen, sie schließt noch weiter zu schädigen, die Offenlegung der Steuerlisten würde keine günstige Wirkung haben, sie würde zu einer politischen Bewegung

Vertical text on the left margin, including various small advertisements and notices.

Vertical text on the right margin, including various small advertisements and notices.